

Bezugspreis: Vierteljährl. 3,00 RM., monatl. 1,00 RM., wöchentlich 30 Pf. frei im Postausdruck. Einzelne Heftnummern 5 Pf. Sonntagnummern mit Illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1,20 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM., monatlich. Postbestellungen nehmen an: Adressat, Holland, Dagebureg, Schweden u. die Schweiz, eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 31. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vorwärts in Italien.

Starke englische Angriffe auf Passchendaele und bei Gheluvelt.

Udine genommen. — Vormarsch von Norden und Osten an den Tagliamento. — Trommelfeuer in Flandern. — Angriffe bei Passchendaele und Gheluvelt. — Deutscher Vorstoß rechts der Maas.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. Oktober 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war die Artillerietätigkeit im Abschnitt Dixmude mit kurzen Unterbrechungen lebhaft.

Zwischen dem Houthouster Walde und dem Kanal Comines-Neves-Notre erreichte der Feuerkampf gestern zeitweilig große Stärke. Er blieb auch heute heftig und hat sich heute morgen zum Trommelfeuer gesteigert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits von Bray am Chemin-des-Dames saßen die Franzosen gegen Abend ihre Feuer zu kräftiger Wirkung zusammen. Nach vorübergehendem Nachlassen hat sich der Artilleriekampf seit Tagesanbruch dort wieder verschärft.

Auch in den anderen Teilen der Bergfront war der Einsatz der Artillerie größer als in den letzten Tagen.

Auf dem rechten Maas-Ufer drachen bewährte Kampftruppen nach wirksamer Feuerbereitung in die feindlichen Stellungen nordwestlich von Bezwauw ein. Die in 1200 Meter Breite erstreckten Gräben wurden gegen 4 bis in die Nacht wiederholte Angriffe starker französischer Kräfte gehalten. Mehr als 200 Gefangene sind eingebracht worden, der Feind hat schwere Verluste erlitten.

Bei den anderen Armeen riefen eigene und feindliche Erkundungsvorhänge mehrfach lebhafteste Artillerietätigkeit hervor.

Ostlicher Kriegsschauplatz

und an der Mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Udine ist von den verbündeten Truppen der 14. Armee genommen! Der bisherige Sieg der italienischen obersten Heeresleitung ist damit am 6. Tage der erfolgreichen Operation in unsere Hand gefallen.

Unausfallsam, keiner Anstrengung achtend, drängen unsere Divisionen in der Ebene dem Lauf des Tagliamento zu.

An den wenigen Uebergängen des durch die Regengüsse hochangeschwollenen Flusses hat sich der Rückzug des geschlagenen feindlichen Heeres.

Die aus Rürten vorgehenden Truppen haben auf der ganzen Front venezianischen Boden betreten und sind im Vorwärtsdrängen gegen den Oberlauf des Tagliamento.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 30. Oktober 1917, abends. Amtlich.

Dem Trommelfeuer auf dem Schlachtfeld in Flandern folgten starke englische Angriffe auf Passchendaele. Das Dorf ging verloren. Kraftvolle Gegenangriffe warfen den Feind wieder hinaus.

Bei Gheluvelt brachen früh und nachmittags Angriffe der Engländer blutig zusammen.

Am Chemin-des-Dames und auf dem Ostufer der Maas lebhafter Artilleriekampf.

Im Osten nichts Wichtiges.

In Italien geht es vorwärts.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 30. Oktober 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die durch die zwölfte Isonzschlacht geschaffene Lage wirkt bis in die Gebirge am obersten Tagliamento zurück, wo die Rürten Armee des Generalobersten Freyherrn von Arbatin jeden Widerstand überwindend auf venezianischem Boden rasch süd- und westwärts Raum gewinnt. Die Streitkräfte des Generals der Infanterie Alfred Kraus haben schon am 28. mittags die erste Brezja in das weitläufige besetzte Lager von Gemona geschlagen, indem sich das tapfer unterfeindliche Schützen-Regiment Nr. 28 durch Handreich des Panzerwerks auf dem Monte Lanza bemächtigte. Das entscheidende Vorgehen der verbündeten Truppen des Generals von Below ist durch den Gewinn von Udine gekrönt worden. Weiter südlich wälzen sich, noch getrennt durch unsere im Südtirol verfolgenden Armeen, die regellosen Massen des geschlagenen Feindes gegen den hochgehenden unteren Tagliamento zurück. Die Räume hinter den Fronten der Verbündeten erhalten durch lange Gefangenenzüge und durch die Kriegsbente vielfach das Ansehen eines italienischen Heereslagers.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

Zur Kanzlerfrage.

Die Mission des Grafen v. Hertling ist noch nicht erledigt. Er verhandelte auch am Dienstag mit den Parteien, zunächst ohne einem positiven Ergebnis näherzukommen. Es tauchten jedoch im Laufe der Verhandlungen Kombinationen auf, die den liberalen Parteien eine Kanzlerschaft Hertlings weniger unannehmbar erscheinen ließen. Die Verhandlungen werden, wenn auch mit geringer Aussicht auf Erfolg, heute fortgesetzt.

Der Plan, das Kanzleramt vom preussischen Ministerpräsidenten abzutrennen, ist fallen gelassen worden. Auf den Abgang des Vizekanzlers Dr. Helfferich wird mit Bestimmtheit gerechnet.

Die Zurückhaltung, mit der die Presse der Rechten die gegenwärtige Regierungskrise behandelt, liefert eine neue Bestätigung des alten psychologischen Erfahrungssatzes, daß sich die Menschen mit Tatsachen leichter abfinden als mit bloßen Vorstellungen. Die konservative Presse hat das, was jetzt geschieht, seit Jahren mit der größten Erbitterung bekämpft und den Eindruck zu erwecken versucht, als müßte der Himmel über Deutschland einstürzen, wenn ihre Warnungen in den Wind geschlagen würden. Wäre diese Presse konsequent, so hätte sie jetzt gegen die Verhandlungen des Grafen Hertling mit den Parteiführern den schärfsten Protest erhoben und jeden Kanzler als für sie unannehmbar bezeichnet müssen, der vor der Annahme seines Amtes mit den Parteien unterhandelt. Über dieser Protest ist nicht nur ausgeblieben, sondern die konservative Reichstagsfraktion selbst hat sich sofort den neuen Verhältnissen angepaßt. Unter den Parteivertretern, mit denen Graf Hertling wegen der Übernahme des Kanzleramtes verhandelt hat, befindet sich auch Graf Westarp. Und soviel man weiß, hat der konservative Parteiführer mit dem Kanzlerkandidaten gesprochen, als ob es seit jeher in Deutschland selbstverständlich wäre, daß ein Mann, der Kanzler werden will, sich zuvor mit dem Reichstag ins Benehmen setzt.

Das Unwahrscheinliche von heute ist das Selbstverständliche von morgen. So ist es noch immer in Zeiten gemein, in denen weltgeschichtliche Elementarmächte in die Speichen der Entwicklung griffen. Da wird mit einemmal zur Tatsache, worüber jahrelang in Worten gestritten worden ist, wie z. B. über die Einigung Deutschlands vor 1870/71, und siehe da: eingebildete Gefahren entpuppen sich als leere Schreckgespenster, die in Nebel zerfließen. Der Bekämpfte gilt den Bekämpfern dann nicht mehr als so bekämpfenswert, das Erregene aber auch den Erfolgreichen nicht mehr so erstrebenswert. Die Wirklichkeit ist immer nüchterner als die Illusion.

Vollkommen ist keine Regierungsform. Und gingen wir heute zum ausgeprochenen und nach außen hin als solches deklarieren parlamentarischen System über, so wären damit noch nicht alle Schwierigkeiten aus der Welt geschafft. Trotzdem wird man heute sagen dürfen, daß der Reichstag, wenn er nur bei der Stange bleibt, einen guten Anfang gemacht hat. Was seit Ostern dieses Jahres an innerpolitischen Fortschritten angebahnt worden ist, soll nicht unterschätzt werden. Schon deshalb nicht, weil damit bewiesen ist, daß politische Fortschritt möglich ist ohne Schwächung der Verteidigungskraft nach außen und ohne Erschütterung im Innern. Nicht der notwendige Fortschritt ist die Gefahr, sondern die Gefahr ist der Widerstand, der sich ihm entgegenstellt.

Aus der Meldung, die wir an die Spitze dieser Betrachtungen gestellt haben, geht hervor, daß entgegen den Nachrichten gestriger Abendblätter, die Mission des Grafen Hertling noch nicht als endgültig erledigt angesehen werden kann. Das heißt nicht, daß Hertling dem Reichstag aufgenötigt werden soll, sondern es heißt, daß man Mittel und Wege sucht, um die Parteien einer Kanzlerschaft Hertlings geneigt zu machen. Für diese hat sich namentlich eine Persönlichkeit stark eingesetzt, die bei den Mehrheitsparteien großes Vertrauen genießt, und dadurch hat sich das Bild wieder etwas zugunsten des Grafen Hertling verschoben.

Sollte, was uns wahrscheinlich und, wie wir nochmals wiederholen, erwünscht ist, eine andere Lösung der Kanzlerfrage gesucht werden, so wird auf dem eingeschlagenen Wege der Fühlungnahme mit den Parteien eine geeignete Persönlichkeit zu finden sein. In der Presse ist schon eine Reihe von Namen genannt worden, von denen keiner der Mehrheit unannehmbar ist, mancher sogar recht willkommen wäre. Es ist falsch, wenn die Presse der Rechten behauptet, die Mehrheit könne sich auf keinen Kandidaten einigen. Aber wahrscheinlich ist diese Falschmeldung nur in die Welt gesetzt worden, um nach ihrer Widerlegung

Die Flucht des italienischen Heeres.

Vormarsch zum Tagliamento.

Berlin, 30. Oktober. Das geschlagene italienische Isonzheer wagt sich in wilder Flucht auf allen Straßen dem Sumpfbereich des Tagliamento zu. Der Rückzug wird erschwert durch den Strom der flüchtigen Zivilbevölkerung, die in vollem Entsetzen westwärts zieht und mit Haß und Gut die durch den Gewitterregen aufgeweichten Straßen bedeckt. Bereits drängt sich an den wenigen Uebergängen über den verästelten Fluß der Strom flüchtiger Heeresreste und Landesbewohner zusammen.

Die wichtige Stadt Udine, der bisherige Zentralpunkt der italienischen Heeresleitung und der Versorgung der Isonzarmee, liegt schon weit im Rücken der siegreich und ungeßam vordringenden Verbündeten. Auch an der Rürten Front gibt der Feind dem konzentrischen Druck nach und weicht in Richtung auf den Oberlauf des Tagliamento, von unseren Divisionen verfolgt.

Die italienische Presse sucht weiterhin dem Voll die Katastrophe zu verheimlichen und spricht von kleinen Vorteilen der Verbündeten, die in keiner Weise die starke italienische Verteidigung erschüttert hätten.

Wien, 30. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird mittags gemeldet: Die Verfolgung des geschlagenen Gegners gegen den Hochwasser führenden unteren Tagliamento ist im vollen Gange. Die Armee des Generalobersten v. Arbatin ist in Vorrückung im Gebirgslande am obersten Tagliamento bestritten und steht bereits überall auf venezianischem Boden.

Die Zukunft der Kornilow-Affäre.

Hungerdunst und Aufstandesgerüchte in Petersburg.

Stockholm, 30. Oktober. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts.“) Das Interdiktum Maklakows in „Dagens Nyheter“ offenbart die wachsende Zuvorsicht der russischen Antidemokraten. Die Tragikomödie der Kornilow-Affäre, in welcher Kerenski anfänglich eine Heldentrolche usurpierte, während er jetzt durch die Protokolle der gerichtlichen Untersuchung schwer belastet ist, wird durch Maklakows Aeußerung gekennzeichnet, daß Kornilow nichts anderes als die Wiederherstellung der Armeedisziplin, wenigstens in bizarrer Weise, anstrebte. Maklakows Darstellung bestärkt die von den Bolschewisten geäußerte Erwartung, daß die Regierung die Kornilow-Affäre im Sande verlaufen lassen wird. Bemerkenswert ist auch die Polemik dieses Diplomaten gegen die Sozialisten, obgleich die ihn entsendende Regierung den Stempel der Koalition trägt. Nicht minder bemerkenswert ist, daß Maklakow offen sein Bedauern darüber ausdrückt, daß Rußland keine parlamentarische Revolution, sondern eine Revolution der Gasse durchmachte.

Petersburg, 30. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Bürgermeister von Petersburg ließ einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen, in welchem er erklärt, daß die Provinzen, welche Wehl erzeugten, die Hauptstadt nicht mehr beliefern wollten, die hierdurch ernstlich mit Hungerdunst bedroht sei. Gleichzeitig fordert der Bürgermeister die Einwohner auf, Ruhe zu bewahren, denn Außerordnungen, welche den Transportdienst noch mehr zerrütteten, könnten diese Hungerdunst zu einer unmittelbaren machen.

Apgeßichts der andauernden Gerüchte, daß die Maximalisten eine bewaffnete Erhebung vorbereiten, hat der Militärgouverneur von Petersburg, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, alle Versammlungen, Umzüge und Kundgebungen untersagt und fordert die Soldaten der Garnison Petersburg auf, nicht in die Falle der Provokateure zu gehen, sondern ruhig zu bleiben.

Noch immer keine geregelte Kohlenversorgung!

Der gewöhnliche Mensch begann schon im Frühjahr zu fürchten, daß die diesjährige Kohlenversorgung für den Winter nicht klappen würde. Der vorige strenge Winter hat bekanntlich die Vorichtigen veranlaßt, sich besonders frühzeitig und reichlich mit Kohlen zu versorgen. Die Folgen machten sich schon damals in einer großen Kohlenknappheit bemerkbar, der jedoch die Behörden teilnahmslos zusahen. Zu Beginn des Sommers schien man sich allmählich der bevorstehenden Schwierigkeiten bewußt zu werden. Zunächst wurde ein neuer Kohlenkommissar ernannt, der aber auch an dem bisher beobachteten System festhielt. Dieses bestand darin, daß man nicht wie bei anderen Bedarfsartikeln die öffentliche Vermarktung einführt, sondern die Verteilung dem freien Handel überließ. Denn die hohe Obrigkeit fürchtete den Widerstand der Kohlenmagnaten und anderer Interessenten. Der freie Handel blieb somit als Verteilungsfaktor Trumpf und hat hier ebenso wie bei anderen Verteilungen glänzend verfaßt.

Zwar hat man durch Sperrmaßnahmen und die Zuweisung einer für jeden Haushalt bestimmten Verbrauchsmenge eine Besserung erreicht, aber diese ist ungenügend. Das damals festgesetzte Kohlenquantum beträgt bei den kleineren Räumen pro Raum 5 Zentner und sollte ursprünglich bis Anfang November geliefert sein. Heute „hofft“ man, bis Anfang Januar dieses Quantum liefern zu können und dann soll die zweite Lieferung einsephen. Für die jetzige gänzlich unzureichende Verteilung ist allein das System des freien Handels als Verteilungsfaktor verantwortlich zu machen.

Einsichtige sehen längst voraus, was jetzt eingetreten ist. Stundenlang müssen Frauen und Kinder bei Wind und Wetter, mit dürftigem Schuhwerk bekleidet, vor den Kohlenläden anstehen und auf Kohlen warten. Daß dadurch der Gesundheitszustand der Bevölkerung gehoben wird, dürfte wohl keiner behaupten wollen. Die Klagen der Bevölkerung über die unzureichende Versorgung reizen denn auch nicht ab. So schreibt uns eine Kriegerfrau, daß sie an einem Tage von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr gestanden habe und dann leer abziehen mußte. Am nächsten Tage glückte es ihr dann nach reichlicher Verurzung ihrer Ellenbogen und nachdem sie wiederum von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr gestanden hatte, ihre Kohlenquantum auf die vier Abschnitte zu erhalten. An anderen Stellen konnten wir beobachten, wie Leute, die frühmorgens um 9 Uhr bereits standen, nachmittags kurz nach 4 Uhr abgefertigt wurden. Solche Fälle spielen sich täglich und allenthalben ab. Das sind unhaltbare Zustände, die dringend und schleunigst der Abhilfe bedürfen.

Zwar haben wir auch für Groß-Berlin noch eine besondere Behörde, den Kohlenverband Groß-Berlin. Aber auch von dieser Behörde können wir leider nicht sagen, daß sie besonders glücklich operiert hat. Bei der Abgabe von Kohlen auf die Kasse-Erhaltkarte ist einmal der Versuch gemacht worden, eine bessere Verteilung durch Einführung der Kundenliste vorzunehmen, aber sehr schnell schon bei der Abgabe auf die darauffolgende eigentliche Kohlenkarte, ist man wieder von dieser Lösung abgekommen. Der Kohlenverband Groß-Berlin glaubte bisher die Kundenliste nicht durchzuführen zu können, da bei dem heutigen System eine regelrechte Belieferung der Kleinhändler und somit auch der Bevölkerung nicht möglich ist, denn bei dem jetzigen freien Handelssystem wisse kein Geschäftsmann, ob er Kohlen und wieviel er davon erhält. Zu einer ordnungsgemäßen Verteilung gehöre aber, daß jeder Händler ein bestimmtes vorher genau feststehendes Quantum bekommt und danach Eintragungen auf die Kundenliste vornimmt. Wir wollen zugeben, daß bei regelloser Belieferung keine geregelte Verteilung durchgeführt werden kann, aber dann war es Aufgabe des Kohlenverbandes, sich energisch und wenn nichts anderes half, laut und öffentlich gegen diese planlose Wirtschaft zu wenden und nicht hilflos den Kapfen in den Sand zu stecken. So kann man nicht die Interessen der Verbraucher vertreten. Im übrigen ist aber auch der Kohlenverband nicht ganz unschuldig an der heutigen Unzufriedenheit der Bevölkerung. Anstatt erst einmal alle Verbraucher auf die Kassekarte und die ersten vier Abschnitte zu beliefern, ist er bereits dazu übergegangen, wieder neue Abschnitte aufzurufen, trotzdem doch auch er wissen muß, daß größere Teile der Bevölkerung ihre Kohlen auf die vorhergehenden Abschnitte nicht erhalten haben. Es wird daher zunächst darauf ankommen, den übrigen gebliebenen die noch fehlenden Kohlen schleunigst zu liefern. Ferner sollte man sich bemühen, die noch immer fehlenden Kohlen schleunigst heranzuschaffen, damit die Bevölkerung nicht noch den ganzen Winter frieren muß.

Eile tut not!

Groß-Berlin

Groß-Berliner Siedlungspolit.

Stadtbaurat a. D. Weuster, der Städtebaubeamte des Zweckverbandes Groß-Berlin, sprach im Berliner Architektenverein in einer Sitzung, an der auf Einladung des Vereins viele Mitglieder der Gemeindebehörden aus Groß-Berlin sowie Mitglieder des Landtags und Vertreter der Staatsbehörden teilnahmen, über „Groß-Berlin nach dem Kriege, Städtebau und Verwaltungsorganisation.“

In einem durch Lichtbilder unterstützten Vortrag zeigte er, wie die Wirtschaftseinheit Groß-Berlin durch die Verwaltungseinheit ihrer Teile gefördert und im besonderen die planmäßige Siedlung des als Einheit zu behandelnden ganzen Gebietes infolge eines Durch- und Gegeneinander selbständiger Gemeinden unmöglich gemacht wird. Er schilderte den jetzigen Zustand der Siedlung, die einseitige Entwicklung zum Spekulation, der den Wohnungsbedarf von 90 Prozent der Groß-Berliner Gesamtbevölkerung deckt, die gesundheitschädliche Wohnungsdichtigkeit, gegen die man bereits zu dem Mittel der Sanierung ganzer Stadtteile greifen muß. Für die künftige Siedlung nach dem Krieg, die nach dem Kriege wieder einsetzen soll, fordert Weuster, daß für Groß-Berlin durch Aufstellung eines

Generalbebauungsplanes die Hochbaugebiete beschränkt, die Hochbauten auf die Ränder des Baublocks verweisen, Hausgärten und Spielplätze vorgesehen werden und auf diese Weise eine Ausdehnung des Siedlungsganges angebahnt wird. Wichtig sei auch, die Besiedlung dadurch zu dezentralisieren, daß für sie in den Randgebieten Groß-Berlins ein Netz lebensfähiger Nebenzentren geschaffen wird. So, wie bisher, könne und dürfe es in Berlin mit dem Siedlungswesen nicht weitergehen, schloß Weuster diesen Teil seiner Ausführungen. Durchgreifende Besserung sei aber nur möglich, wenn es auch mit der bisherigen Verwaltungsorganisation Groß-Berlins, deren Unhaltbarkeit längst von der Bevölkerung und nun auch von der Regierung erkannt worden sei, nicht so weitergeht. Für das Siedlungswesen habe die kommunale Zersplittertheit die auch durch den Zweckverband nicht be-

10 Gebote für Feldpost-Abonnenten!

4. Gebot:

Abonnieren kannst Du den Vorwärts auf mancherlei Art:

1. Durch Bestellung bei Deinem Feldpostamt, wo er pro Monat M. 1,70 kostet. Oder.
2. Du schreibst an die Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin SW. 68 Lindenstr. 3. Hier kostet er nur M. 1,30 pro Monat. Die Umschlaggebühren trägt der Verlag, um Dir bei Deiner künftigen Lohnung entgegenzukommen.
3. Du läßt Deine Angehörigen den Vorwärts für Dich abonnieren. In Berlin haben sie es sehr leicht. Sie brauchen nur zur nächsten Vorwärts-Ausgabestelle zu gehen und den Vorwärts dort zu bestellen. Kassiert wird monatlich bei ihnen.

Bestellschein für neue Abonnenten!

Hiermit bestellen wir den „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, als Feldpostsendung. Das Bestellschuld von M. 1,30 pro Exemplar und Monat folgt per Postanweisung.

Truppenteil bzw. Adresse:

seitige Wirkung, daß jede Einzelgemeinde ohne Rücksicht auf das Groß-Berliner Ganze ihren Sonder-vorteil sucht, jede eine Förderung ihrer Steuererträge durch Landhausbauten für Wohlhabende oder durch Fabrikanlagen für die Industrie anstrebt, aber keine gern Wohnviertel für Arbeiterfamilien haben will, von denen eine Minderung der Schul- und Armenlasten zu fürchten sei. Weuster fordert, daß die Besiedlung Groß-Berlins, im besonderen die nötige Siedlung in Wohn- und in Fabrikvierteln, für das ganze Gebiet einheitlich durchgeführt wird, und er weist diese Aufgabe einem neuen Groß-Berlin zu, das er nicht durch Eingemeindung, sondern durch Zusammenfassung Berlins und seiner näheren Umgebung zu einer Zentralgemeinde erreichen will. Dieses neue Gemeinwesen, befreit von den Hemmnissen des nach bundesstaatlichem Muster aufgebauten Zweckverbandes, soll durch zwei der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat ähnliche Körperschaften verwaltet werden, durch die „Bürgerkass“ und den „Senat“, die aus direkten Wahlen der Bevölkerung Groß-Berlins hervorgehen. Tat- und finanzkräftig werde die Zentralgemeinde, die den leistungsfähigen, unverbesserten Zweckverband ersetzen kann, bei kraft zusammenfassender Konzentration und einer zugleich die wünschenswerte Dezentralisation gewährleistenden Mitwirkung der Einzelgemeinden nicht nur das Siedlungswesen, sondern auch das Verkehrswesen regeln und weiter noch manche andere Gemeinschaftsaufgabe, wie z. B. die Aufbringung der Schullasten, ihrer Lösung entgegenführen. Für die besonderen Aufgaben, die den Einzelgemeinden gestellt sind, bliebe ihnen volle Selbständigkeit.

Weusters Vorschläge, die das Problem Groß-Berlin auf einer „mittleren Linie“ zu lösen suchen, wurden von seinen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Seine Siedlungspolitik rechnet nur mit dem Unternehmertum, mit den Grundbesitzern und Baugewerbetreibenden, auf die er bei der Durchführung, wie er hervorhebt, die nötige Rücksicht genommen wissen will. Davon, daß die Gemeinden selber durch Wohnungsherstellung und Wohnungsvermietung zur Lösung des Siedlungsproblems beitragen könnten und sollten, war in dem reichlich zweistündigen Vortrag nicht die Rede. In der anschließenden kurzen Besprechung wurde gegen Weusters Ausführungen kein Widerspruch laut.

Berliner Lebensmittel.

Vom 1. bis 31. November wird ein Ei auf jeden Einwohner verabschiedet werden können. Die Zentralkaufgesellschaft hat den Verkaufspreis für ein Ei von jetzt ab auf 48 Pf. festgelegt. Da es sich teilweise um konserviertes Ei handelt, wird darauf hingewiesen, daß sich deren baldige Abholung und Verbrauch empfiehlt. Die Anmeldefrist für den Bezug von Kaffee-Ertrag läuft am heutigen Mittwoch ab. Nach einer Verordnung des Magistrats darf der Preis für ein Pfund Hüsnersurst (Jagd-, Feder- und Dampfurst) bei Abgabe an den Kleinhändler 7,90 M. und bei Abgabe an den Verbraucher 8,40 M. nicht übersteigen.

Rübenwucher.

Zu den ärgerlichsten Erscheinungen auf dem Gebiete der übermäßigen Preissteigerung gehört gegenwärtig der unsinnig hinaufgeschraubte Preis für weiße Rüben, die vielfach als Teltower Rüben auf den Markt gebracht werden und dabei eine Größe und ein Gewicht aufweisen, die mit den als Delikatesse geltenden Teltower Rüben nicht vergleichbar sind. Man sieht sich nicht, gewöhnliche Wasserrüben als Teltower Rüben für 50-75 Pf. pro Pfund zu verkaufen. Um diesem dreisten Wucher, für den verschiedene Landwirte mit ihren Preisforderungen verantwortlich sind, zu steuern, wurde die Reichsstelle für Gemüse und Obst um Auskunft angegangen. Sie erklärte, daß größere weiße Rüben nicht als Teltower Rüben verkauft werden dürfen und höchstens als Wasserrüben oder Wairüben dem Preise nach gelten können. In anderen Verbrauchsgebieten ist ein Höchstpreis für die kleine weiße Rübe, die in Größe und Geschmack der Teltower Rübe entspricht, in Höhe von 30 bis 40 Pf. für den Kleinverkauf festgesetzt. Preisforderungen erscheinen für die Teltower Rüben übermäßig.

Tabakähnliche Waren.

Gemäß einem Beschlusse des Bundesrats vom 27. d. M. unterliegt vom 1. November 1917 ab die Herstellung von Waren aus tabakähnlichen Stoffen ohne Mitverwendung von Tabak, die als Ersatz für Tabak in den Handel gebracht werden sollen (tabakähnliche Waren), den Vorschriften des Tabaksteuergesetzes. Auch ist von tabakähnlichen Waren, die als Ersatz für tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse dienen sollen, die Zigarettensteuer und der Kriegsaufschlag zu entrichten. Zur Herstellung tabakähnlicher Waren dürfen vom 1. November ab nur die in der Beilage zur Tabakerlassverordnung aufgeführten Stoffe verwendet werden. Hersteller derartiger Waren ist dringend zu empfehlen, sich unverzüglich beim zuständigen Hauptamt zu erkundigen, ob und unter welchen Voraussetzungen ihnen die weitere Herstellung vom genannten Zeitpunkt ab gestattet werden kann.

Zur Kohlen- und Gasversorgung.

Zur Aufklärung der Bevölkerung und zur Vermeidung unnötiger und ausichtsloser Anträge auf Erteilung von Sonderkohlensorten oder Zuhilfenahme eines größeren Gasverbrauchs werden Mitte der nächsten Woche Merkblätter des Kohlenverbandes Groß-Berlin erscheinen, welche die wesentlichen Grundsätze kurz zusammengefaßt enthalten. Die Merkblätter werden in den Amtszimmern der Brotkommissionen, bei den Polizeibehörden und an geeigneten Stellen des öffentlichen Verkehrs ausgehängt werden.

Die Bezugskassen werden heute um 12 Uhr geschlossen.

Die Hersteller von Marmelade, Sauerkraut, Dörrgemüse und Konserven werden durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst nachdrücklich auf das bestehende Abgabeverbot hingewiesen. Die Lebensmittelbeamten der Reichsstelle prüfen die einzelnen Betriebe. Sollten von ihnen Verdächtige gegen das Abgabeverbot festgestellt werden, so hat der Fabrikant die durch das Gesetz vom 6. August 1916 festgesetzten schweren Strafen zu gewärtigen.

Der Bau einer elektrischen Hochspannungsleitung von Wittberg nach Berlin ist in Angriff genommen worden. Er war schon vor dem Kriege projektiert, und man hatte berechnet, daß dadurch für die Berliner Zufuhr täglich 60 Waggons Kohlen gespart werden. Die A. E. G. hat die Ausführung des Baues übernommen und hofft, die Leitung im Januar unter Strom setzen zu können.

Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen für Volksschullehrer und Lehrerinnen. Die in dem Bundesrat des Finanzministers vom 28. Juli d. J. getroffenen neuen Bestimmungen über die Gewährung laufender Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerzulagen an Staatsbeamte finden nach einem Erlaß des Herrn Unterrichtsministers vom 18. September d. J. auch auf die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen Anwendung. Wie bisher die Kriegsbeihilfe wird auch die Kriegsteuerzulage des Staates vorläufigweise von der Stadthauptkasse durch die Rektoren den Beteiligten gezahlt werden. Für Juli-September und Oktober-Dezember dieses Jahres kommen beide Zulagen in einem Betrage zur Anweisung. Die für die Verteilung erforderlichen umfangreichen Vorbereitungen werden, wie der Magistrat Berlin mitteilt, so gefördert werden, daß die Zahlung in der ersten Hälfte des Novembers zu erwarten ist.

Haarsammelfeststellen in Friseurgeschäften. Die deutschen Friseurverbände haben beschlossen, in ihren Geschäftsbetrieben Anlaufstellen für die deutsche Frauenhaarabgabe des roten Kreuzes zu errichten. Die Sammelstellen werden durch Plakate kenntlich gemacht.

Neulohn. Lebensmittel. Vom Freitag, den 2., bis Mittwoch, den 7. November, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 66 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Feigwaren aus 10-prozentigem Auszugsmehl, auf Abschnitt 67 100 Gramm Feigwaren aus 75prozent. Mehl entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm aus 10-prozentigem Auszugsmehl 90 Pf. und für 500 Gramm aus 75prozent. Mehl 64 Pf.

Die neu zur Ausgabe kommende Lebensmittelkarte mit den Abschnitten 69 bis 86 muß von heute bis Mittwoch, den 7. November, bei demjenigen Kleinhändler zur Abstempelung vorgelegt werden, bei welchem die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist.

Wittenberg. Verteilung von Winterkartoffeln. Neben den sieben Pfund Kartoffeln der bereits abgerufenen 14 Abschnitte 79 der roten Kartoffelkarte können ferner auf die 84 Abschnitte 1, 2, 3, 4, 5, 6a bis g der gelben Wittenberger Sonderkartoffelkarte zusammen 42 Pfund Kartoffeln auf Grund der Kundenliste entnommen werden. Diese auf die Sonderkartoffelkarte zugeteilten 42 Pfund sind nicht für den laufenden Bedarf bestimmt, sondern dienen zur Schaffung eines Wintervorrats, welcher in der Zeit verbraucht werden darf, die der Magistrat später bestimmen wird. In jenem Zeitabschnitt werden keine Kartoffeln ausgegeben werden. Der auf sechs Wochen bestimmte Vorrat ist bis 23. November zu entnehmen. Wer dieses verabsäumt oder den Vorrat vorzeitig verzehrt, wird in der demnächst zu bestimmenden Verbrauchszeit ohne Kartoffeln sein. Die Sonderkarte ist nicht einzulösen von denjenigen, die Kartoffeln von außerhalb bezogen haben, oder von denjenigen, die an der Rassen- oder Rationierung teilnehmen.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Müllbeseitigung. Lachmann (Fr. Frk.) betonte, daß die Müllabfuhr seit Anfang September wieder ins Staden geraten wäre. Mangel an Pferden, Futter sowie Beschlagnahme des Arbeitsmaterials sollen die Ursachen der Müllansammlung sein. Die erfolgte Erhöhung des Preises sei durch nichts gerechtfertigt. Es sei Pflicht des Magistrats einzugreifen und gemeinsam mit dem Oberkommando für Abfälle zu sorgen. Schiller (Vfr. Frk.) erklärt, wenn praktische Arbeit geleistet werden soll, dann solle man die geforderten Kraftwagen nebst Anhängern bewilligen. Genosse Käfer bebauert, daß trotz jahrelanger Vorbereitung die Müllbeseitigung immer wieder wegschiebe. Obwohl die Wirtschaftsgenossenschaft verlagert werden die Abfuhrpreise, die bisher vierteljährlich 2,80 M. betragen, auf 108 M. erhöht, und abgehoben wird doch nicht. Hier sollte man sich nicht an das Oberkommando wenden, sondern an das Kriegswirtschaftsamt. Es verfährt gegen die guten Sitten, wenn der eine Teil nur Rechte und der andere die Pflichten tragen soll. Selbst langfristige Verträge werden von der Genossenschaft wenig beachtet. Um diesen Mangel zu be-

Luther.

Im Geiste Luthers gesprochen:

Je schwerer sich ein Erdensohn befreit, Je mächt'ger rührt er un're Menschlichkeit. Der selber ich der Zelle früh entsprang, Mir graut, wie lang der Luther drinnen rang! Er trug in seiner Brust den Kampf verbüllt, Der jetzt der Erde halben Kreis erfüllt. Er brach in Todesnot den Klosterbann, — Das Erbtut tut nur, wer nicht anders kann! Er fühlt der Zeiten ungeheuren Bruch Und fest umklammert, er sein Bibelbuch. In seiner Seele kämpft, was wird und war, Ein keuchend hart verchlungen Ringerpaar. Sein Geist ist zweier Zeiten Schlachtgebiet — Mich wundert's nicht, daß er Dämonen sieht!

Die 95 Thesen.

Von Chr. Voed.

Schon früh, schon seit Luthers Zeiten rechnet man als Beginn der Reformation, den 31. Oktober 1517, an dem Luther seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg schlug. Es war, äußerlich betrachtet, eine zufällige Tat; jedenfalls war sie geschoben ohne Rücksicht der Folgen, die sie tatsächlich gehabt hat. Gewissen an diesen Folgen wirkt sie wie der vertirte Funke, der eine Pulverladung zur Entflammung bringt. Unverhältnismäßig groß im Vergleich zu dem, was mit ihr gewollt war, war die Wirkung, die sie angezettelt hat.

Denn was bedeutete der Thesenanschlag für Luther selber? Er war im Grunde nichts anderes als ein Stück seines regelmäßigen Tagewerks. Als Professor der Theologie und als Seelsorger übte er sich zu Vorgesängen, mit denen er sich am liebsten auseinandersetzen zu müssen glaubte. Der Ablasshandel, wie er damals betrieben und wie er durch Zettel in die Hände seines Wirkungskreises getragen wurde, veranlaßte ihn nachgedrungen zu einer Ausrufung, um den verwirrten Gewissen seiner Zuhörer zu helfen und um sich selbst wissenschaftlich Klarheit über diese Frage zu verschaffen. Zu letzterem benutzte er die damals übliche Form des wissenschaftlichen Gedankenaustauschs, indem er durch Anschlag an die Kirchentür, gleichsam an das schwarze Brett, bekannt gab, daß er bereit sei, über die Frage des Ablasses mit jedermann, der dazu bereit sei, zu disputieren und zu diesem Zweck 95 Sätze formuliert. Der Eingang des Ausschreibens lautete daher: „Aus Liebe zur Wahrheit und aus dem Verlangen, sie an den Tag zu bringen, soll über nachfolgende Sätze zu Wittenberg disputiert werden unter Vorbehalt des ehrwürdigen Vaters Martin Luther, der freien Ränke und der b. Theologie Magister, der letzteren auch ordentlicher Lehrer daselbst. Er bittet daher, daß die, welche nicht mündlich in persönlicher Anwesenheit mit ihm unterreden können, es abweisend auf schriftlichem Wege tun wollen. Im Namen unseres Herrn Jesu Christi. Amen.“ Das Ganze war in lateinischer Sprache geschrieben, in Buchausdrücken gehalten und daher keineswegs als Flugchrift für die Allgemeinheit gedacht. Niemand hat sich daher mehr als Luther selbst getraut, daß diese Ausführungen, halb ins Deutsche übertragen, so ungeheures Aufsehen erregten und nach 14 Tagen in ganz Deutschland bekannt waren, was für jene verkehrten Zeiten fast ungläublich erscheint. Sie schlugen wirklich ein wie der Funke im Pulverfaß.

Wie war das möglich? Nun, es mußte eben der Unfug des Ablasswesens die Gemüter schon lange bedrückt, wie das äußerliche Gebahren der Kirche überhaupt die Gemüter verletzten haben. Die ganze Zeit war politisch, sozial und religiös in gärende Stimmung. Luther muß dann den richtigen Ton getroffen haben, den wir freilich nicht mehr so nachempfinden können, weil wir nicht mehr unrauscht sind von der Rüstung jenes Zeitalters, die nur den Mitleidenden erklüftet, und zu der der Ton, den Luther anschlug, die Aufklärung gewirkt sein muß. Das alles läßt sich nicht nachkonstruieren, zum Teil des Unmöglichen spielte da mit. Was wir nämlich wiederherzustellen suchen, kann nach dieser Richtung hin nur Stückwerk bleiben.

Die weilsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

23) Von R. Francé. „Dem Abel sein Viedestal, dem Fanatismus seinen Lastenman entrissen, daß eine Revolution, die dem Merus seine Goldgruben abgelaßt, die so viel Klutten zerrissen, so viel Priesterhüte und Diademe heruntergeschlagen hat, daß eine solche Revolution keinen Feind gegen sich aufgebracht haben sollte.“

Mit stehendem Blick musterte er den bleich aufgesprungenen Sekretär, während die Studenten johlend, lachend, die zwei Duellanten umringten. Einige piffen, andere sangen ein Spottlied auf den Statthalter, wieder andere debattierten mit Dr. Widmont, der zur Besonnenheit mahnte.

Da trat Solms vor und legte die Hand auf die Brust. „Das ist abförmlich! Gemüß, ich habe nie geleugnet, daß auch die Wächtigen Verbrechen begangen haben in der Weltgeschichte, ich sage selbst, daß der Frondienst zu hart, die Ätzigen zu hoch sind, daß es unwürdige Priester gibt, aber...“ Michalansky's Gesicht erhellte in dem Aufschlitz, von dem aus ihm Besl betrachtete, in diesem Augenblick wie eine Teufelsstrafe des Sieges.

Da unterbrach etwas Unvorhergesehenes alle Rede und Gegebenes. Der Bariksträmer näherte sich Peißer als dem Veranstalter des Abends mit allen Zeichen des Schreckens — dieser schrie plötzlich:

„Die Polizei ist im Hof.“ Sofort hatte jemand die Geistesgegenwart, den Leuchter mit den Kerzen umzuwerfen. Besl sprang auf, fiel in der Dunkelheit über einen Dachsparren, erhob sich aber stehend wieder und eilte, so gut es ging, mit dem Polizeifeldaten, den der Entenmelber inzwischen zur Stelle geschafft, die wacklige Treppe hinauf. Er kam noch gerade zu dem Handgemenge zwischen den Studenten und den zwei handförmigen Polizisten, an die sich wie eine wütende Rahe Peißer festgeklammert hatte, aus dem Instinkt, dadurch möglichst vielen der Freunde Gelegenheit zum Entkommen zu geben. Solms war in dem Gefummel mit Widmont schon glücklich in den Laden gelangt — auch Ribert und sein Anhang war bereits entkommen. Im dunkeln Saal rang nur noch Peißer mit Löwentränen, um sich nur selbst zu befreien,

an und für sich ließ sich der Gedanke des Ablasses innerhalb des katholischen Systems wohl rechtfertigen. Der Gläubige, der durch das Sakrament der Buße Vergabung der Sünden erlangt, ist damit frei von Schuld und ewiger Strafe. Aber auch dann hat er noch zeitliche Strafen und Bußübungen, welche die Kirche auferlegen hat, zu tragen. Diese Straßübungen nun kann der Papst erlassen, und zwar steht ihm dazu der Schatz der guten Werke zur Verfügung, welche Christus und die Heiligen erworben haben. Für den Erlass dieser zeitlichen Strafen, die sonst unter Umständen noch im Hefgefeuer abgehört werden müssen, werden kleinere Leistungen gefordert, wie z. B. in diesem Falle Geldgaben für den Bau der Peterskirche in Rom. Aber wie konnte das Volk diese seinen Unterschied verstehen? Ihm war nichts anderes klar, als daß es Vergabung der Sünden hatte, wenn es Ablassbriefe kaufte. Dazu kam das Verfahren der Ablasshändler, die die Sache so groß wie möglich anfertigten und marktschreierisch darstellten, um möglichst viel Geld für ihre Auftragsgeber herauszuschlagen. „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Hefgefeuer springt“, oder daß hier Vergabung zu haben wäre, selbst wenn einer die Mutter Gottes geschändet hätte, das waren so Beispiele ihrer Anpreisungsmethoden, die Luther geißeln mußte.

Er selbst fühlte sich mit seinen Thesen noch durchaus auf katholischen Boden stehend. Er denkt gar nicht daran, den Ablass selbst anzugreifen. „Wer gegen die Wahrheit des apostolischen (päpstlichen) Ablasses redet, der sei verbannt und verflucht.“ Desto schärfer freilich wandte er sich gegen jene Mißbräuche im Ablasshandel, von denen er voraussetzte, daß sie durchaus gegen den Willen des Papstes geschähen. Den Papst und seine Stellung anzugreifen, daran dachte er keineswegs. „Gott vergibt durchaus keinem die Schuld, den er nicht zugleich dahin bringt, sich demütig Gottes Stellvertreter, dem Priester, zu unterwerfen.“ Auch das Hefgefeuer ist ihm eine Wahrheit, wenn er auch behauptet, daß der Ablass der Seelen im Hefgefeuer keine einzige Strafe erläßt, die sie in diesem Leben nach den kirchlichen Satzungen hätten büßen müssen. Luther hat seine Thesen keineswegs als Kampfsruf gegen die katholische Kirche verstanden.

Und doch war ihm schon längst ein Verständnis der Glaubensdinge aufgegangen, das ihn, wie es allmählich zu den darin liegenden Folgerungen sich entwickelte, notwendig über den Bezirk der katholischen Kirche hinausdrückte. Deutlich tritt das auch in den Thesen zutage. „Der wahre Schatz der Kirche ist das allerheiligste Evangelium der Herrlichkeit und Gnade Gottes.“ „Jeglicher Christ hat, wenn er in aufrichtiger Reue steht, vollkommenen Erlass von Strafe und Schuld auch ohne Ablassbriefe.“ Und gleich die erste These: „Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht: tut Buße, hat er gewollt, daß alles Leben der Gläubigen Buße sein soll.“ Das hat man sicher gleich herausgehört, daß hier ein Reue, Befreitendes und Verglückendes sich erhob. Auch mystische Ränge wurden überschlagen, wie in dem eigenartig anmutenden 16. Satz: „Wie mich dünkt, unterscheiden sich Hölle, Hefgefeuer, Himmel genau so, wie verzeihen, beinahe verzeihen und des Hölles gewiß sein.“ Das diese neue Glaubensauffassung, die dem Ganzen zugrunde liegt und es unsichtbar trägt, den Heiligenheiligen alsbald zum Bewußtsein gekommen ist, kann wohl nicht bezweifelt werden.

Nicht unübersehbar waren aber die Töne, die Luther anschlug, um den Mißbrauch im Ablasswesen zu bekämpfen. Es war der erste Kampfruf des Neuen, der dazu berufen war, den Streit gegen eine ganze Welt zu bestehen. Wie mußte ein Satz wie dieser wirken: „Wenn der Papst den Schacher der Ablassprediger wählte, würde er lieber den Dom St. Petri zu Asche verbrennen lassen, als daß derselbe von Haut, Fleisch und Knochen seiner Schafe erbaut werden.“ Das war ein erlösendes Wort, das um so tiefer greifen mußte, als er aus einem ernsten Gemüt kam. Auch die scharfe Waffe der Ironie schwang er schon, der sich bald als ein Meister der Rede in Angriff und Verteidigung bewähren sollte. „Die Schätze des Evangeliums sind die Reue, mit denen man vorzeiten die reichen Leute geküßt hat. Die Schätze der Ablässe sind dagegen die Reue, mit denen man jetzt den Reichlichen der Leute küßt.“ Und ferner: „Die Ablässe, welche die Ablassprediger als größte Gnaben anerkennen, sind freilich dafür zu achten, insofern sie ihnen viel Geld einbringen.“ Solche Worte haben mächtig im ganzen Lande widergehallt und überall die Menschen erregt. Man spürte, daß hier eine Kraft sich erhob, die wirklich inskande war, das Werk der Befreiung, nach dem sich die meisten sehnten, nicht nur anzugreifen, sondern auch durchzuführen.

Zebiglich weil das der Fall war, haben die Thesen über eine Tageserregung hinaus den Wert einer geschichtlichen Tat erhalten. Aus dem Unbewußten ist diese Tat entstanden und trägt schon damit den Stempel der Größe.

nachdem er den Rückzug der andern gedenkt. Und als Besl mit dem Sulkurs ankam, besuchten gerade noch zwei dunkle Gestalten in Verwirrung im Hof umher, die den richtigen Ausgang nicht finden konnten. Eine davon stolperte über den Gelanteriebogen an ihrer Seite und fiel hin. Daron erkannte Besl seinen Mann. Sofort warf er sich auf ihn. Der langersehnte Moment war wonne für sein Herz. Dieser Schult, heimlich also ein Erzevolutionsär, wagte es in den Dienst der Geheimpolizei zu treten — und gerade ihm war es vergönnt, den Durschen dingfest zu machen und sich damit die persönliche Genugtuung für den ihm angetanen Schimpf zu holen.

„Hierher.“ brüllte er seinen Soldaten zu, „den da bindet, das ist der Haupttrabstößler.“

Michalansky machte, einmal gepackt, gar keine besonderen Anstrengungen mehr, sich des Armes der Staatsaufsicht zu erwehren. Er achtete nur darauf, daß Peißer nichts davon merke und zwinkerte dann den Polizeifeldaten, denen er willig die Hände vorstreckte, zu.

„Bin im Auftrag der Polizei dabei g'wesen!“

Doch Besl's scharfes Ohr hatte das gehört und höhnisches Gelächter quittierte die Andieuerung. „Das war auch zum letzten Mal, Bürsche, wissen's besser, was der Koschek auf dem Kerbholz hat — er wird schon leben.“

Er sagte es wie ein Racheengel, dann erst wandte er sich dem inzwischen auch unterlegenen Peißer zu, der keuchend, Schaum vorm Munde, mit vom Raufen blutenden Händen dalag.

Besl war gemandt. Sofort eilte er durch den Baden des Bariksträmers mit dem jetzt ebenfalls freigewordenen dritten Soldaten und sah noch an der Strahenecke den letzten der Verschwörer verschwinden. Er hegte den Stadgardien wie einen Jagdhund auf diese Spur und schrie dann auf den Schauplatz seines Sieges zurück. Er suchte nach seinem Chef, den Sekretär von Solms, der sich zu seiner Verwunderung an den Verhaftungen gar nicht beteiligt und dessen Rolle an dem ganzen Verschwörerparlament ihm völlig unverständlich, ja, in seinem dunkeln Instinkt sogar merkwürdig und verdächtig vorkam. Nur das Gefühl der Subordination hinderte ihn, sich diesen Gedanken mehr hinzugeben.

Solms war nirgends zu finden. Er ließ nämlich aus Leibesträften vor seinem von ihm alsbald bemerkten Verfolger durch die Sommergasse, deren scharfe Ecke am Probiant-

Udine.

Eine echt italienische Stadt, lieber enger, wüchsig und gewundenen Gassen erhebt sich ein charakteristisches Wahrzeichen der sechsbedige Campanile (Glockenturm) des Doms von Udine; das alte Kastell, das den Mittelpunkt der inneren Stadt bildet, thront auf seinem Hügel wie eine Zwingsburg über das Gassenlabyrinth zu seinen Füßen. Aber längst hat dieses Kastell seine einstige Bedeutung verloren; heute ist es Ruine. Und über diesem Kastell, über den stattlichen Mauern und Türmen der alten, gutgebauten Stadt strahlte in diesen Tagen der klare Himmel der friulanischen Landschaft mit jenem sattem, tiefen Blau, das die Berge aller Nordländer entzückt, die zum ersten Male aus der zerrissenen Gebirgswelt der Karnischen Alpen über Pontebba in diese lachende, fruchtbare Ebene hinabsteigen. In jenen und so fern dünkenden Tagen, da der Italiener hier zuerst seinen Fuß auf den Boden des Weltschländes setzte, waren Leben und Treiben in Udine heiter und sorglos, bunt und abwechslungsreich.

Das ist im Verlaufe anders geworden. Udine, dieser wichtige Knotenpunkt aller Bahnlirnen im östlichen Venetien, wurde der Ausgangspunkt für den gewaltigen Heerhaun, den der einstige Verbündete ausloß, um über den Isonzo in das österreichische Küstenland und auf Triest, nordwärts aber gegen den Alpenwall vorzuschieben. Hier schlug der General Cadorna sein Hauptquartier auf; hier residierte der König Victor Emanuel. Von den in Udine einmündenden Bahnen sind die beiden wichtigsten die Sirenen Udine—Pontebba und Benedig—Udine—Cormons. Zwei Anschlußbahnen führen von hier nach Portogruaro und nach Cividale. Ungeheuer muß in diesen Tagen des plötzlichen Zusammenbruchs, der Verwirrung des Ansturms der zurückstretenden Heeresmassen auf die von Udine ausgehenden Bahnlirnen gewesen sein, zumal gleichzeitig auch das italienische Hauptquartier genötigt war, die Flucht zu ergreifen. Dazu die Massenflucht der Bevölkerung, die in der Stadt selbst etwa 80 000 Seelen beträgt.

Unmittelbar zu Füßen des Kastells erhebt sich das Rathaus der Stadt, in architektonischer Hinsicht ihr bedeutendstes profanes Bauwerk. Der stattliche Bau bildet gewissermaßen ein Abbild des Dogenpalastes von Benedig. Im Jahre 1876 ist das alte Rathaus abgebrannt; es wurde jedoch im ursprünglichen venezianisch-gotischen Stile geschmackvoll erneuert. Dem Rathaus gegenüber liegt die Halle mit dem Uhrtum, oben zwei die Glöde schlagende Männer; der Marcuslöwe unter der Uhr weist auf die einstige Herrschaft Venedigs hin. Auf dem Platz steht die Statue der Friedensgöttin, errichtet zur Erinnerung an den Frieden von Campo Formio. In der Mitte der Piazza das unvermeidliche Victor-Emanuel-Denkmal. Der schon erwähnte Dom ist ein Gotteshaus in romanischem Stil mit schönen Säulen. Kostbare Schätze italienischer Kunst birgt auch der erblichbliche Palastr. In der Tiepolo-Galerie befinden sich zwölf berühmte Wandbilder und drei Deckengemälde Tiepolos. Ein einzig dastehendes Meisterwerk ist auch das Deckenbild des Kreuzenbaues, das von der Hand Tiepolos den Sturz Lucifers zeigt, eine Malerei mit lächnis perspektivischer Verklärung. Gemälde von Tiepolo und von Giovanni da Udine heberbergt auch das Museum auf dem Kastell, von dessen Zinnen man eine herrliche Aussicht auf die Landschaft Friaul und die Kette der schneebedeckten Alpenriesen am Horizont genießt.

Notizen.

— Die Wäherei „Der jüngste Tag“, worin der Verlag Kurt Wolff charakteristische Arbeiten junger und jüngerer Dichter zum Preis von 50 Pf. bietet, hat es bereits auf 50 Nummern gebracht. Es sind darin u. a. Sternheim, Voed, Wersel, Pasencler, Edigmid, Schilde vertreten.

— Kunstwerte werden glänzend bezahlt. Die Versteigerung der Kunstwerke aus dem Nachlaß des Malers Kraus brachte 1 200 000 M. Zwei kleine Bilder von Franz Hals brachten 162 000 und 115 000 M. — Auch die Wählerpreise halten sich auf einer fabelhaften Höhe, wie die Versteigerung des Nachlasses von Professor Graef erwie. Für besondere Preise (Erst-, Künstler-, Quader-) wurden Preise von 500 bis 2000 M. erzielt. Die Wählerpreise des neuen Kulturzeitalters ist erheblich. Für einen Brief Peters Hölle — worin er vielleicht um 5 M. Besatzung bitten — werden 40 M. angelegt.

— Was ist ein Ersatzmittel? Diese Frage behandelte für das Nahrungsmittelgewerbe die Hauptversammlung der deutschen Nahrungsmittelchemiker, die in Berlin tagte. Die Auffassung ging dahin, daß das wichtigste am Nahrungsmittel sein Nährwert sei, also möglichst auch Ersatzmittel dem Vorbilde in dieser Hinsicht ähnlich sein. Bei der Behandlung der einzelnen Ersatzmittel wurde weitgehender Schatz des Publikums verlangt. — Die Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie wird im November ihre Arbeiten aufnehmen.

haus ihn für den Augenblick dessen Augen entzog; schon wollte er in die Probiantgasse einbiegen, um über den Holzmarkt seine Wohnung zu gewinnen — da sah er von dort her eine Gestalt auf sich zukommen, in der ihn seine Erregung einen weiteren Verfolger vermuten ließ. Nun war guter Rat teuer. Nur ein Weg blieb gerade aus durchs Gäßchen, wenn es auch an die Stadmauer und damit vor neue Wachen führte. In der höchsten Not bot der Unfall Rettung. Wie, wann er durchs Zippelgäßchen schlüpfte, den Schlüssel zum Sephaldsdorfschen Garten hatte er ja zur Hand. Und einmal dort zum Hinterbüschen hineingehuscht, war er geborgen.

Der Polizeifeldat, dem die Verfolgung des leichtfüßigen Züchlings anvertraut war, hegte nur solange außer Rom, als er vermutete, daß sein Vorgesetzter ihn im Auge haben konnte, dann verfiel in einen gemächlicheren Trab, bei ihm denn auch binnen Kurzem sein Bild aus den Augen verlieren ließ. Unschlüssig stand er in der Probiantgasse und verschauelte, als der Gelbbräunne, bei dem in selbiger Nacht der Storch eingekehrt war, eiligen Schrittes einher klapperte, um die Wehfrau zu holen. Er hatte niemanden laufen gesehen und so konnte der wahrheitsliebende Mann der Ordnung völlig reinen Gewissens an den Ort der Verhaftung zurückkehren und dort dem unzufriedenen brummen Besl melden, er habe zwar sein Möglichstes getan, aber der Kerl sei auf einmal in der Probiantgasse in einem Hause verschwunden, als habe ihn der Teufel selber geholt.

Solms atmete tief auf, als er leise das Störtchen hinter sich zudrückte. Dem Laufen war er so erschöpft, daß er auf die nachstehende Gartentbank niederfiel. Und im Ruhen kehrten langsam auch die Gedanken wieder, die von der kopflosen Flucht zurückgedrängt, bisher dem beherrschenden Gefühl gewichen waren, nicht in der Gesellschaft der Amizisten von der Behörde betroffen zu werden. Hatte man ihn erkannt? Und wenn nicht, waren nicht doch welche der anderen der Polizei in die Hände gefallen? Würden die nicht ohne weiteres befehlen, daß auch er an der Versammlung teilgenommen hatte?

Aber sofort protestierte sein gutes Gewissen gegen diese Angstflüsterung. Er halte doch nicht ein Wort gesagt, das er nicht vor seinen Vorgesetzten verantworten konnte. Er war doch der Warner vor allen aufrührerischen Ideen gewesen — gerade deshalb hatten ihn auch Ribert und dieser fatale Michalansky angepöbel. (Fortf. folgt.)

nicht die anderen auch entschlossen sind, dieselbe Taktik einzufassen. Das ist ein im ganzen Verlauf der Verhandlungen immer wiederkehrender sehr wichtiger Punkt. Ich habe dort mit aller Schärfe gesagt, wenn Franzosen, Engländer und auch Russen von den Deutschen und den Oesterreichern verlangen, daß von vornherein der Regierung die Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert werden sollen, dann kann ein solcher Beschluß von den Vertretern der deutschen Arbeiter nur dann durchgeführt werden, wenn auch die anderen zugleich nach derselben Richtung handeln. Ich habe da wirklich nicht für uns Oesterreicher gesprochen, denn für uns bin ich meiner Sache sicher ohne ausdrücklichen Auftrag. Wir haben im Frieden nicht für die Militärausgaben gestimmt und haben dadurch dem Frieden zu dienen wirklich noch Möglichkeit gesucht. Hätten wir eine Majorität für unseren Standpunkt in allen Ländern, dann wäre es nie zum Kriege gekommen. (Zehr richtig!) Aber man muß begreifen, daß die Zustimmung eine unmögliche ist, in anderen Ländern, die es nicht angeht, Vorschriften zu machen, die man selbst von sich abwägt.

Sehr scharf wandte sich Adler gegen den Versuch der Minoritäten, in Zimmerwald eine proletarische Internationale zu begründen:

Wir Oesterreicher haben damals — und ich habe dem in der „Arbeiter-Zeitung“ Ausdruck gegeben — gesagt, wir erwarten nicht viel von Zimmerwald, können nicht viel Hoffnungen darauf setzen, aber schließlich ist jeder Versuch mit den besten Wünschen zu begleiten, wenn er nicht die Einheit im eigenen Lande gefährdet. Das einzige, was ich der ganzen Zimmerwalder-Bewegung, die sich dann in Kiental und zuletzt in Stockholm fortsetzte, zum Vorwurf mache, ist, daß sie, die eine Internationale der Minoritäten erzeugen wollte — nicht erzeugt hat —, darin ihre Hauptwirkung gehabt hat, daß sie dem jeweiligen Ausland das Friedensbedürfnis und den Friedenswillen des Proletariats als den Friedenswillen einer Minorität vorge stellt hat. Wenn man nach Zimmerwald geht und dort den Frieden und den Friedenswillen betont, zugleich mit einer Spitze und mit einem Protest gegen die Majorität des eigenen Landes, dann muß im Ausland die Meinung entstehen, als ob diese Majorität weniger oder gar keinen Friedenswillen hätte. Wenn wir unseren Friedenswillen vielleicht anderswo ausgeprochen haben als diese Minoritäten und wenn dieser Friedenswille vielleicht hätte früher und kräftiger zur Ausprägung kommen können — was ich leugne —, so war trotzdem das Vorgehen der Minoritäten nichts Gutes. Es konnte insbesondere in den gegnerischen Ländern, in Frankreich und in England, die Dinge so darstellen, als wären die großen Massen der Majorität des sozialistischen Proletariats weniger entschlossen zum Frieden als diese einzelnen Vertreter der Minoritäten.

Von diesem Standpunkt schien mir und scheint mir noch heute das Werk von Zimmerwald und Kiental nicht unrichtig.

Selbstverständlich beschäftigte sich auch Adler mit der Stellung Deutschlands und der Sozialdemokratie zum Frieden und sagte:

Was soll ich nun von Deutschland reden? In Deutschland behauerte ich ungemein die unheilige Spaltung. Es ist nicht wahr, daß die deutsche Majorität nichts geleistet hat. Was durchgeführt wurde in Deutschland, ist für das verpreußte Deutschland tatsächlich etwas ganz Ungeheures. Wenn man drüben in der Entente behauptet, den Krieg gegen Potsdam zu führen, dann wird man sich schon fragen müssen: Potsdam gibt es in allen Ländern, wenn es auch nicht so heißt, und die größte Arbeit im Sinne der Demokratie ist — von Rußland sehe ich ab — in dem Lande geleistet worden, wo Potsdam seinen Sitz hat. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland vor dem Kriege. Auch da hat das Ansehen der Majorität durch die Minorität nichts Gutes geleistet. Eben so wenig, wie ich es für gut, vernünftig und für den Frieden herbeiführend halte, daß man jede Keuferei und jede großwärtige Proklamiation der Scharmacher und der Junker, der eigentlichen Potsdamiten, hinauswerfe als einen Beweis, daß Deutschland noch immer nicht den Frieden wolle. Seit wann sind denn diese Herrschenden Deutschland? Und wenn es eine Aufgabe für uns gibt, die wir durchzuführen haben gerade in den verfeindeten Ländern, bei unseren Brüdern in Frankreich und England, dann ist sie eine umgekehrte, dann ist nicht zu sagen, Deutschland sind die Verbände der Schwerindustriellen und der schlimmsten Junker, die wollen nicht den Frieden, sondern man muß ihnen sagen: Laßt euch nicht täuschen, daß diese Kugelhörner des Krieges, diese Parasiten des Volkes im Frieden wie im Kriege das deutsche Volk seien! Die Kriegsgötter anzufluchen ist gut, sie zu bekämpfen noch besser. Das ist notwendig. Aber hinauswerfen und unseren Genossen sagen: „Was sind denn die deutschen Arbeiter; die Herrschenden wollen doch nicht den Frieden!“ das ist eine falsche Salotte!

Viktor Adler erklärte, an die Aufrichtigkeit des Grafen Czernin zu glauben, der auch für Deutschland gesprochen habe, und wies darauf hin, daß Belgien nach der Erklärung des deutschen Staatssekretärs aus der Diskussion verschwunden sei, verlangte aber, daß die deutsche Regierung mit noch größerer Klarheit und Deutlichkeit ihren Verzicht auf Eroberungen ausspreche, daß sie „deutsch“ rede, will sagen, so verständlich, daß ihre Absichten von jedem Volke begriffen und geglaubt werden. Nachdem sich Viktor Adler noch gegen die österreichische Verwaltung in Bosnien und der Herzegowina sowie im besetzten Serbien mit einigen scharfen Worten gewandt hatte, legte er eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. Darin wird erklärt: Der Parteitag erklärt es als die selbstverständliche Pflicht der politischen und parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie, mit aller Energie jede Möglichkeit auszunutzen, für den Frieden zu wirken. An die Regierung ist die dringende Forderung zu stellen, daß sie, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege fortschreitend, alle kriegsführenden Staaten auffordere, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, indem sie offen und in klaren Worten verkündet, daß sie bereit ist und ihre Verbündeten dafür gewinnt, solche Verhandlungen zu beginnen unter der Voraussetzung, keine Annexion und keine Kriegsentfesselung anzustreben. Insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wieder herzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen in irgend welcher wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen. Und daß sie schließlich bereit ist, bestimmte Vorschläge zu machen und entgegenzunehmen, die durch internationale Abklärung, obligatorische Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte, ein neues Völkerrecht schaffen und der Wiederholung des heute wütenden Völkermordes vorbeugen.

Lammassa gegen die Kriegsverlängerer. Idealismus und Geschäft.

Der bekannte Wiener Völkerrechtslehrer Prof. Lammassa hielt am letzten Sonnabend im österreichischen Herrenhaus eine Rede, in der er sagte:

Ich gebe zu, daß sich unter den Gegnern des Verhandlungsfriedens auch solche befinden, die aus Idealismus dagegen sind, die große Mehrzahl der Friedensgegner hat aber ganz andere, mehr persönliche Motive, die Erhaltung

der unumschränkten Macht die ihnen nach dem Friedensschluß sofort entzogen würde, die Ausbeutung von Ländern und Völkern, die gerade das Recht auf Leben haben wie wir; es handelt sich anderen um Lantien und Dibienden der Kriegsindustrie, Zuckererzeugnisse und anderes.

Eine Vuzprebigt wider den Kapitalismus, die in alle Sprachen der Welt überetzt zu werden verdient!

Schimpffreiheit gegen den Reichstag.

Die „Trierische Zeitung“ und die „Trierische Landeszeitung“, diese ein Zentrumsblatt, veröffentlichen unter der Ueberschrift „Unsere Feldproben und die Vorgänge im Reichstag“ einen Feldbrief des Trierer Leutnant L. Der Herr Leutnant spricht wie folgt vom Deutschen Reichstag:

Na, die hochweisen Herren „Volkvertreter“ hatten ja am 8. und 10. Oktober wieder einmal einen „großen Tag“. Nun werden sie wohl befriedigt sein, wenn das feindliche Ausland schmunzelnd die Zeitungen liest und den gesunkenen Kriegswillen zum zweitenmal wieder stärkt. Da werden Engländer und Franzosen über die „russischen Zustände“ in Deutschland jubeln. Der Soldat im Felde sichert diesen Schwärmern zu Haus erst das Leben und nun lassen diese Verräter ihm teige in den Rücken. Diese Haase, Dittmann, Scheidemann, Erzberger und Genossen gehören ohne weiteres Verfahren an die Wand gestellt.

Man könnte versucht verzeiweln an unserem Sieg, wenn man eine solch jämmerliche „Volkvertretung“ sieht. Wogu soll man denn eigentlich noch kämpfen und hier draußen die tollsten Strapazen mitmachen, wenn diese Vaterlandsverräter und Kirchturmpolitiker, die sich daheim als die Hebrheit des Volkes auszugeben wagen, die Vernichtung und Verelendung des armen deutschen Volkes emsig und eifrig anstreben.

Ob die militärische Zensur in Trier ebenso duldsam gewesen wäre, wenn diese Schimpfereien — so nennt sie der wütende Leutnant selbst — nicht gegen die deutsche Volkvertretung, sondern gegen irgend eine andere Einrichtung — z. B. gegen die Zensur — geschleudert würden?

Die Nachwahl in Baunzen.

Die antifemistische Kandidatur des Glasmeisters Wehlich scheint den Weisheit der Konservativen nicht gefunden zu haben. Ein Wahlbureau der rechtsstehenden Parteien im Kreise erklärt nämlich, die Antifemiten hätten nicht den geringsten Anspruch auf die Kandidatur, vielmehr werde der Kandidat von dem Bureau aus aufgestellt werden.

Es scheint also, daß die Nachwahl im Kreise Baunzen sich nicht unter dem Zeichen des Burgfriedens vollziehen wird. Die „Kreuz-Zeitung“ hatte übrigens schon vor ein paar Tagen geschrieben, bei dieser Wahl würde sich zeigen, ob die Reichstagsmehrheit oder die Alldeutschen die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Eine solche Probe könnte ganz interessant ausfallen. 1912 brachten die Mehrheitsparteien im ersten Wahlgang über 10 000 Stimmen auf (11 412 Sozialdemokraten, 7889 Fortschrittler), während der Kandidat der Reformpartei nur 1334 Stimmen erhielt. Die Konservativen haben also keineswegs die Mehrheit im Kreise hinter sich.

Ein Arbeitervertreter ins Herrenhaus berufen.

Der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Herr Siegorwald, ist auf Lebenszeit in das preussische Herrenhaus berufen worden.

Unser Urteil über Wert und Wesen des Herrenhauses wird durch diese Berufung nicht im mindesten geändert.

Der Frauenarzt auf der Anklagebank.

Professor Henkel zur Strafverurteilung verurteilt.

Der Disziplinärprozeß des Vener Frauenarztes Professor Henkel hat, wie wir an anderer Stelle berichten, mit der Strafverurteilung des Angeklagten geadet. Der Professor hat gegen dieses milde Urteil — der Ankläger hatte Amtsentsetzung beantragt — Berufung eingelegt. Ob er mit ihr bei der höheren Instanz Erfolg haben wird, steht dahin. Im öffentlichen Urteil hat er ihn schmerzlich zu erwarten.

Es sind nicht die Fähigkeiten des Chirurgen, die den Gegenstand der Verhandlungen bilden, sondern es ist sein menschliches Verhalten als Arzt. Ueber die ersteren kann man sich auf Grund eines Probeberichts keine Meinung machen, daß das letztere im hohen Grade standesunwürdig war, läßt sich kaum bezweifeln. Professor Henkel ist mit den ihm anvertrauten Menschenleben sorglos umgegangen, und er hat sich bei Schwangerschaftsunterbrechungen, d. h. Fruchtabtreibungen nicht von rein menschlichen, sondern auch von gesellschaftlichen Rücksichten bestimmen lassen. Es ist darum gut, wenn durch seinen Prozeß und seine Verurteilung eine öffentliche Warnungstafel aufgerichtet wird.

Man mag darüber streiten, wie weit das Recht der Frau an ihrem eigenen Leibe geht, wiewohl bei der jetzt herrschenden Angst vor dem Bevölkerungsrückgang die strengere Auffassung überwiegt, ganz zweifellos aber ist, daß der Frauenarzt keine andere Aufgabe hat als die, das werdende Leben zu fördern, falls nicht das schon gewordene dadurch höchster Gefahr ausgesetzt wird. Ob diese Gefahr vorhanden ist oder nicht, ist nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten und ohne jede Nebenrücksicht zu entscheiden. Die Frau eines Bürgermeisters darf da nicht anders behandelt werden als die arme Näherin. Wie ja überhaupt soziale Unterschiede nirgends aufreizender wirken als auf medizinischem Gebiet, vor allem die leidige Differenzierung zwischen Kassenpatienten und Privatpatienten, non der auch die eben abgeschlossene Verhandlung unerschrocken erzählt.

Ueber den Fall der Operation, die zur Befriedigung prinzipieller Schaulust vorzeitig vorgenommen wurde und zu tragischem Ausgang führte, braucht kaum noch ein Wort verloren zu werden. Es ist eine Schande, daß so etwas passieren kann, und es ist sicher ein ungewöhnlicher Fall. Daß aber der Fall Henkel selbst in jeder Beziehung etwas ganz Außerordentliches und Ungewöhnliches darstellt, möchten wir nicht zu behaupten wagen. Es wird gut sein, wenn dieser Fall und seine öffentliche Behandlung überall, wo es nnotigt, die Gewissen schärft!

Der erleuchtete Pfarrer.

Der Pfarrer und Seelsorger Johannes Weiser hat den Schäflein seiner Parochie einen gedruckten Brief ins Feld geschickt, der mitunter stark alldeutsche Tonart atmet. Doch der Herr Pfarrer lemt auch den Humor, denn er schreibt:

„Nach ein wichtiges politisches Ereignis: im dritten Kriegsjahr gab uns Gott als ersten Staatsmann Michaelis, wie das zweite Kriegsjahr uns Hindenburg als ersten Kriegsmann gegeben hat; es ist merkwürdig, wie das deutsche Volk

immer erst im letzten Augenblick den starken großen Mann findet.“

Bisher war ja noch nicht heraus, wer die Aufmerksamkeit auf Herrn Michaelis gelenkt hat. Alle Befragten haben abgelehnt. Wir fürchten, der liebe Gott wird es sich auch nicht gefallen lassen, wenn Herr Pfarrer Weiser ihn mit der Verantwortung für den „großen starken Mann“ beladen will.

Burgfriedliches Wahlabkommen in Köln.

Obwohl die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Kölner Stadtgebiete die meisten Stimmen mußerte, ist es ihr bisher nicht gelungen, auch nur einen Sitz im Stadtverordnetenkollegium zu erringen. Die öffentliche Dreiklassenwahl verhindert es. Trotzdem haben unsere Kölner Genossen, zumal während des Krieges, ihren kommunalpolitischen Einfluß sehr zu steigern gewußt. Sie sind in zahlreiche wichtige städtische Kommissionen eingedrungen, um dort praktisch für die Interessen der Arbeiterklasse zu wirken. Das Fehlen der sozialdemokratischen Mitarbeit im Stadtverordnetenkollegium selbst wurde in immer weiteren Kreisen als ein dem Gemeinwohl abträglicher Mangel empfunden. Jedoch war die Aussicht, in einem Wahlkampfe unter dem Dreiklassensystem, bei öffentlicher Abstimmung und unter dem Belagerungszustand Sozialdemokraten in das Stadtverordnetenkollegium zu bringen, nur sehr gering. Deshalb hat sich der frühere Oberbürgermeister Wallraf, der jetzige Staatssekretär des Innern, seit längerer Zeit bemüht, das Zentrum und die Liberalen zur freiwilligen Abtretung von Sitzen an die Sozialdemokratie zu bewegen. Diese Bemühungen wurden von dem jetzigen Kölner Oberbürgermeister Adenauer fortgesetzt. Unter seinem Vorsitze wurde zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ein Wahlabkommen dahin entworfen, daß der Sozialdemokratie in der dritten Klasse zwei Mandate, in der zweiten ein Mandat abgetreten werden. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hat das Abkommen mit allen gegen 7 Stimmen gutgeheißen. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Genossen: Redakteur Sallmann, Gewerkschaftssekretär Hans und Kaufmann Erles. Die Wahl wird so getätigt, daß jede der Parteien für ihre eigenen Kandidaten stimmt. Die bürgerlichen Parteien stellen aber drei Kandidaten weniger auf, deren Sitze also der Sozialdemokratie überlassen bleiben.

Einberufung des sächsischen Landtages. Der Landtag des Königreichs Sachsen, der eben erst eine außerordentliche Tagung beendet hat, ist zum 12. November zu einer ordentlichen Tagung einberufen worden.

Letzte Nachrichten.

Orlando Ministerpräsident.

Nom. 30. Oktober. Meldung der Agencia Stefani. Heute morgen wurde Orlando vom König beauftragt, ein Kabinett zu bilden. Er nahm an und leistete sofort den Eid als Ministerpräsident.

Änderung der Tagesordnung der Entente-Konferenz.

Rotterdam, 30. Oktober. Nach dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ berichtet „Daily News“: Das Unterhaus wurde gestern durch die Mitteilung von Lord Rams überreicht, daß die bevorstehende Entente-Konferenz sich ausschließlich mit der Kriegführung und nicht mit den Kriegsziele beschäftigt wird. Dies steht im Widerspruch zu der letzte Woche durch Lloyd George abgegebenen Erklärung, daß die Konferenz sowohl militärisch als auch politisch sein würde.

Das Blatt schreibt weiter: Die Alliierten sollten unverweilt die Bedingungen feststellen, unter denen sie zum Frieden bereit wären, und die Grundzüge, die sie bei der Neuordnung der Welt angewendet zu sehen wünschen. Im jetzigen Stadium sich dieser Pflicht zu entziehen, wäre frevelhaft.

Italienische Rückzugsmeldung.

Vern 30. Oktober. „Gazetta Triestina“ bringt die erste Stepanmeldung über den italienischen Rückzug. Es heißt darin: „Ungünstige Umstände haben den deutschen Schlag begünstigt.“ Das Blatt will wissen, die englischen und französischen Batterien, die die Augustoffensive unterstützt hätten, seien vor ungefähr vierzehn Tagen zur Küstranzpartie zurückgezogen worden. (!)

Tereftshenko gegen Sonderfrieden.

Stockholm, 30. Oktober. Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet eine Rede Tereftshenkos im russischen Vorparlament über die ausmärtige Politik. Als leitenden Gesichtspunkt stellt er die wohlverstandenen Interessen des Landes auf, die verlangten, daß Rußland in seinem augenblicklichen Bündnisverhältnis verbleibe, und daß es keinen ermiedrigenden Frieden schließe, welcher bald einen neuen Krieg zur Folge haben würde. Rückblickend wies Tereftshenko darauf hin, daß in den beiden ersten Monaten der russischen Revolution der damalige Minister des Auswärtigen die Befehle eines Sonderfriedens nahegerückt habe. Tereftshenko erklärte, daß er selbst im Mai gegen solche Strömungen zu kämpfen gehabt habe, als der Krieg einem natürlichen Tode entgegenzugehen schien. Dann aber hätten alle Parteien einen schimpflichen Sonderfrieden abgelehnt.

Der Sinn-Fein-Konvent.

Bern, 30. Oktober. Der Sinn-Fein-Konvent ist nach einem Bericht der „Morning Post“ am 26. Oktober im Rastion House in Dublin unter dem Vorsitz von Arthur Griffith zusammengetreten. Es waren mehr als 1700 Abgeordnete aus allen Teilen Irlands, darunter viele Geistliche und mehrere Beamte.

Der Konvent beriet die neue Sinn-Fein-Verfassung, die angenommen wurde. Sie bezeichnet die Proklamation Irlands zur Republik. Oben 1916 als endgültig, spricht England und jedem anderen Lande das Recht der Gesetzgebung in Irland ab und hält die Mitglieder dazu an, mit allen Mitteln Englands Macht, Irland durch militärische und sonstige Mittel unter dem Joch zu erhalten, zu brechen.

Der vom Konvent angenommene Organisationsplan Dubaleras strebt die Durchbringung des gesamten öffentlichen Lebens Irlands mit Sinn-Fein-Grundlagen an.

Nord in Oberhausen.

Oberhausen, 30. Oktober. (Telunion.) Hier ermordete der 33 Jahre alte Bergmann Karl Angemann die Ehefrau Maria Merco, deren 2 und 4 Jahre alten Kinder, sowie sein eigenes achtjähriges Nädchen. Der Mörder wurde verhaftet. Er hatte mit der Ermordeten, deren Mann im Felde steht, ein Liebesverhältnis.

Bewegungsbewegung

Kriegsteuerzulagen im Schneidergewerbe.

Zwischen dem Verband der Schneider, vertreten durch dessen Vorsitzenden Stähler, und dem Arbeitgeberverband haben in Jena Verhandlungen über Kriegsteuerzulagen stattgefunden, die jetzt zum Abschluß gekommen sind. Die Vereinbarungen erstrecken sich über das ganze Reich und umfassen die Herren-, Damen- und Uniform-Nahschneiderei. Danach erhalten vom 12. November ab die männlichen Arbeiter einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, was pro Tag 1 M. bzw. 6 M. pro Woche ausmacht. Die Einkommenssätze für Akkordarbeiter sind entsprechend erhöht. Hier hat man die sogenannten Großstücke in drei Gruppen eingeteilt, für welche die Zulagen in folgender Weise geregelt sind: I. Gruppe (Hemden, Strümpfe usw.): 4 M. pro Stück; II. Gruppe (Sack usw.): 3 M.; III. Gruppe (alle übrigen Stücke): 2 M.; und schließlich Hosen und Westen: 1 M. Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 6 Pf. pro Stunde.

Diese Zulagen sind auf die Dauer des Krieges gewährt. Nach Friedensschluß ist eine einmonatige Kündigung angedacht. Es folgt eine solche, dann sind nach den Vereinbarungen neue Unterhandlungen vorgesehen, um gegebenenfalls (z. B. bei fortwährender Teuerung) die Zulage in eine Friedenssteuerzulage umzuwandeln.

Hinzugefügt sei, daß bereits seit dem 1. März 1917 — ebenfalls im ganzen Reich — eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Proz. gezahlt wird, die selbstverständlich auch ferner weiterbestehen bleibt.

Ausland. Streik in Como.

Bern, 30. Oktober. Im Industriegebiet von Como ist der „Italia“ zufolge Ende letzter Woche eine Arbeiterbewegung ausgebrochen.

Erzeuger und Verbraucher.

Aus Konsumgenossenschaftlichen Kreisen wird und geschrieben: Bestehende Interessengegenstände lassen sich nicht fortreden oder fortfortreiben. Der Erzeuger kann durch die schönste Darlegung nicht zur Erkenntnis gebracht werden, daß er seinen persönlichen Vorteil außer acht lassen müsse oder auch nur in zweiter Linie zu stellen habe, weil es das Interesse der großen Verbraucherklasse verlangt. Und auch der Verbraucher wird sich nicht demüßigen, die materielle Stellungnahme und die Denkmalsweise des Erzeugers zu seiner eigenen zu machen, wenn er seine Verbraucherinteressen wahrnimmt. Verschmelzen kann man darum die beiderseitigen Standpunkte nicht, sie werden immer differieren. Sehr wohl darf aber die Frage erwogen werden, ob sich nicht der Scheitelpunkt finden läßt, wo die beiderseitigen Interessen sich berühren.

Aus der dänischen Genossenschaftsbewegung berichten vor einiger Zeit deutsche Zeitungen, daß die ländlichen Erzeuger- und die städtischen Verbrauchergenossenschaften in sehr zufriedenstellender Weise zusammenarbeiten und daß beide Teile bei dieser Verbindung auf ihre Rechnung kommen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine versucht seit Jahren ein Zusammenarbeiten mit den ländlichen Genossenschaftsverbänden zwecks direkten Austausches der Güter zu erreichen, und hat mit diesen Bestrebungen bei den Leitungen landwirtschaftlicher Genossenschaftsverbände wenigstens prinzipiell Verständnis gefunden. Tatsächlich bestehen auch bereits direkte geschäftliche Verbindungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und den deutschen Konsumvereinen. Die besten Vertreter der landwirtschaftlichen Erzeuger- und der städtischen Verbrauchergruppen, soweit sie genossenschaftlich organisiert sind, halten demnach eine Verständigung der gegenseitigen Standpunkte für möglich und erstrebenswert. Die deutschen Erzeuger und die deutschen Verbraucher sind schließlich auf einander angewiesen, jetzt im Kriege fast ausschließlich, und allem Anschein nach auch noch eine Reihe von Jahren nach demselben.

Die Konsumisten mit ausgesprochenem Verbraucherstandpunkt haben ein nicht geringes Interesse daran, die deutsche Landwirtschaft technisch intakt zu sehen, und ihre Erhaltung und Fortentwicklung ist für den Verbraucher eine recht fähbare Frage. Was eine gute Ernte bedeutet, haben die Kriegsjahre drastisch erwiesen. Daß eine gute Ernte zum nicht geringen Maße von der Tüchtigkeit der Landwirte, von ihrem Fleiß und ihren Euren abhängt, braucht nicht besonders betont werden. Andererseits ist es für die Landwirte nicht minder wichtig, daß die deutsche Arbeiterkraft auch lebenskräftig und zahlungsfähig erhalten wird, kann doch auf die Dauer nur ein gesunder und leistungsfähiger Arbeiter dem Bauern seine Erzeugnisse zu einem Preise abnehmen, der den Fortbestand der Landwirtschaft sichert.

Die Kriegsnöte mit ihren einschneidenden Folgen im Wirtschaftsleben geben dringende Veranlassung, auf beiden Seiten diejenige Linie zu suchen, wo zwar keine Harmonie, wohl aber die Gelegenheit sich findet, dem anderen Teile gerecht zu werden. Es wäre ein großes Unglück für das deutsche Volk, für Erzeuger und Verbraucher, wenn beide Teile in dem Bestreben, die notwendige Verständigung zu finden, sich nicht einigen könnten.

Parteinachrichten.

Für Frieden und Freiheit.

Am Sonntag nachmittag fand eine vom Sozialdemokratischen Parteibereich Leipzig einberufene, von 700 bis 800 Personen besuchte Volksversammlung statt, die auch von bürgerlichen Gästen besucht war. Genosse Reichstagsabgeordneter Landsberg hielt einen Vortrag über Freiheit und Frieden. In 1 1/2 stündiger Rede schilderte er die Verheerungen, die der Krieg unter den Menschen und an der Kultur verursacht. Er bedauerte, daß die Unabhängigkeit es fertig gebracht haben, gegen die Friedensresolution des Reichstags zu stimmen und sprach zum Schluß die Überzeugung aus, daß das Proletariat sich zwei Arbeiterparteien nicht leisten könne und dürfe. Die Ausführungen des Referenten fanden starken Beifall. Die Aussprache wurde lediglich durch einen Redner bestritten, der die Unabhängigen verteidigte, aber betonte, daß er nicht Mitglied dieser Partei sei. Die im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine Anzahl Teilnehmer meldete sich als Mitglieder an und bestellte die „Freie Presse“. Die Versammlung bedeutet für unsere Sache einen guten Fortschritt.

Der Austritt A. M. Nikitin aus der sozialdemokratischen Partei. Es ist Nikitin, dem russischen Minister für Post und Telegraphie, vom Zentralkomitee der geeinigten sozialdemokratischen Partei nahegelegt worden, aus der Partei auszutreten. Während des Eisenbahnerstreiks hatte Nikitin sämtliche Telegraphenämter angewiesen, keinerlei Telegramme des Streikkomitees zu befördern. Hier-

gegen protestierte der Bund der Post- und Telegraphenbeamten mit der Begründung, es handelte sich nicht um einen politischen, sondern um einen ökonomischen Streik. Worauf Nikitin bekannt gab, er würde energisch gegen alle Vorgehen, die sich seinen Anordnungen nicht fügten. Dieser Konflikt führte dazu, daß in einer einberufenen Sonderversammlung der Post- und Telegraphenbeamten der Rücktritt Nikitins gefordert und daß er von der Parteileitung der Menschewiki gebeten wurde, der sozialdemokratischen Partei den Rücken zu kehren.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die parlamentarische Gruppe der Arbeiterpartei hat eine Versammlung abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde wider Erwarten William Adams gewählt. Man hatte geglaubt, daß entweder O'Grady oder Thomas dazu gewählt werden würde. Henderson wird sich als Sekretär in Zukunft ausschließlich mit der Reorganisation der Partei beschäftigen.

Soziales.

Abfindung von Kriegervitwen.

Durch die Tagespresse läuft eine Mitteilung, die die Abfindung von Kriegervitwen betrifft, die erneut eine Ehe eingehen. Da diese Mitteilung die Sachlage durchaus unzutreffend schildert, wollen wir hier noch einmal das Folgende betonen:

Das Militärhinterbliebenengesetz sieht eine Abfindung vor, die sich wiedererwerbenden Witwen nicht vor. Das hindert in manchen Fällen die Wiedererwerbstätigkeit und führt zu sogenannten wilden Ehen. Aus einem der Regierung in unbegrenzter Höhe durch den Reichshaushalt gestellten Fonds werden nunmehr seit Anfang d. J. auch bestimmte Abfindungen an Kriegervitwen gewährt. Voraussetzung für die Abfindung ist einmal das Vorhandensein eines Bedürfnisses zur Abfindung und zweitens der Bezug eines Kriegsvitwengeldes aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Der Betrag dieses Kriegsvitwengeldes wird nun in der eingangs erwähnten Notiz in der Tagespresse vollständig verkannt. Es wird da gesagt, daß lediglich die jährliche Kriegsversicherung in Betracht komme und die betrage bei der Witwe eines gemeinen Soldaten 100 M., bei der eines Unteroffiziers 300 M. und der eines Feldwebels 500 M. Da das Zweieinhalbfache dieses Betrages als Abfindung gewährt werden könne, betrage die Abfindung also 250, 500 bzw. 750 M. Das ist durchaus unzutreffend. Die obenerwähnten Summen von 100, 300 und 500 M. stellen den Reibrbetrag der Kriegsversicherung gegenüber der sogenannten allgemeinen Versorgung dar. Aber nicht nur diese Reibrbeträge sind Kriegsversicherung, sondern Kriegsversicherung ist das gesamte Witwengeld, das einer Witwe gewährt wird.

So ist die Sachlage bisher immer angegeben und gebahnt worden. Da das Witwengeld bei einer Witwe des gewöhnlichen Soldaten 400 M., der eines Unteroffiziers, Sergeanten usw. 500 M. und 600 M. für die Witwe eines Feldwebels um Betrag, und da eine Abfindung bis zur 2 1/2 fachen Höhe dieser Rente gewährt werden kann, beträgt die Abfindung also im Höchstfalle 1000 bzw. 1250 bzw. 1500 M. In der Regel sollen nur solche Witwen berücksichtigt werden, die das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Bewilligung erfolgt auf Antrag. Sie kann in besonders geordneten Fällen ausnahmsweise auch für die zurückliegende Zeit erfolgen. Besuche sind an die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene oder an die Ortspolizeibehörden zu richten, die sie weiterzugeben haben. Aus den Anträgen muß hervorgehen, zu welchem besonderen Zweck (Beschaffung einer Aussteuer von Mädchen, eines Geschäfts aus Anlaß der Wiedererwerbstätigkeit) die Abfindungssumme Verwendung finden soll.

Die Auszahlung der Abfindungssumme erfolgt nach der Wiedererwerbstätigkeit gegen Vorlage der handelsamtlichen Zeitalurkunde. Vor der Verbeiratung ist jedoch die Verständigung mit der Behörde über die Gewährung der Abfindung herbeizuführen. Es hängt die Gewährung vom pflichtgemäßen Ermessen der Herbeizuführung ab. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Die Abfindungssumme gilt als Vorbehalt für den Fall, daß später eine geschäftliche Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintreten soll.

Was die Schulordnung alles zuläßt.

Angenommenen Puppens an häuslichem Fleiß und Teilnahmlosigkeit wegen hielt der Direktor Lenz in Königsberg die körperliche Züchtigung der Schülerin M. für geboten. Die Schülerin sollte auf die flache Hand mit einem 50 Zentimeter langen gepalpten Rohrstock Schläge bekommen. Unwillkürlich hielt sie den rechten Arm vor, so daß auch dieser getroffen wurde. Nach 14 Tagen, während welcher Zeit das Mädchen an einer Influenza krank war, stellte ein Arzt noch Striemen auf dem Arm fest. Folgen für später hatte die Züchtigung nicht.

Der Vater erstattete Strafanzeige wegen Körperverletzung und die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung, der Zufall als Nebenkläger auftrat. Nachdem das Schöffengericht den Direktor Lenz freigesprochen hatte, legte der Nebenkläger Verurteilung ein. Nunmehr erhob die Regierung in Königsberg den Konflikt zugunsten des Lehrers, weil er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten hätte.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet und entschied demgemäß, daß das Verfahren gegen Direktor Lenz einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt:

An sich sei der Lehrer wegen der Mächtigkeit der Schülerin zur Züchtigung berechtigt gewesen. Es frage sich nur, ob sie die vorgeschriebenen Grenzen innegehalten habe. Hier sei maßgebend die Schulordnung für die Elementarschulen in Ost- und Westpreußen vom 11. Dezember 1915. Danach müsse sich die Schulzeit in den Grenzen einer mäßigen elterlichen Zucht halten. Diese Grenzen seien hier, wo die Züchtigung keine gesundheitsschädlichen Folgen hatte, nicht überschritten worden. Also habe sich der Lehrer im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten, so daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werden müsse.

Es scheint uns Zeit zu werden, daß mit diesem Konfliktverfahren gebrochen wird. Der sich schuldig gemacht, soll bestraft werden, und ob das der Fall, soll im ordentlichen Gerichtsverfahren entschieden werden.

Die steigende Sterblichkeit

trifft besonders die arbeitenden Volksschichten. Die bürgerliche „Reichenberger Zeitung“ bringt einen Bericht aus der nordböhmisches Weberstadt Barmdorf, wonach dort die Sterblichkeit gegen das Vorjahr um 110 Proz. gestiegen ist.

Industrie und Handel.

Gute Konjunktur im Bankwesen.

Die Dresdner Bank berichtet, daß der Geschäftsgang im ersten Halbjahr 1917 sehr gut gewesen ist. Der Zustand an fremden Geldern hat angehalten, die Umsätze sind weiter gestiegen, und dementsprechend ist das Ergebnis für das erste Semester wesentlich besser als für die entsprechende Periode des Vorjahres. Das darf auch nicht wundern, da die Spannung zwischen dem Zinsfuß für Einlagen (1 1/2 Proz.) und dem Zinsfuß für Reichswchsel (4 Proz.) und andere Anlagen sehr groß ist.

Trotz der Kriegsanleihezuschüsse ist gegenwärtig der Betrag der fremden Gelder noch ganz erheblich höher als vor sechs Monaten nach der Zeichnung auf die 6. Kriegsanleihe.

Die Bank hat größere Bestände an Effekten mit anschließendem Ruhen realisiert, auch verschiedene Konfortabteilungen mit Gewinn erledigt. Es ist daher bei der andauernden Belebung des Geschäftes auch für das Jahr 1917 ein gutes Geschäftsergebnis zu erwarten.

Die Bank beschäftigt, ihr Betätigungsfeld nach Friedensschluß durch Errichtung von Niederlassungen auch außerhalb Deutschlands zu erweitern. In diesem Zu-

sammenhange hat sie, nachdem sie sich schon vor einer Reihe von Monaten der grundsätzlichen Zustimmung der zuständigen Instanzen versichert hatte, mit Genehmigung des Aufsichtsrats vorbereitende Schritte zur Errichtung einer Niederlassung in Bulgareien unternommen. Die Errichtung dieser Filiale wird bald nach Friedensschluß erfolgen.

Der größte Zündholztruff der Welt.

In Schweden ist der größte Zündholztruff der Welt gegründet worden; er umfaßt alle Streichholzfabriken des Landes samt ihren Filialen in Norwegen, Rußland und England. Das Truffkapital beträgt 40 Millionen Kronen, und der Waldbestand des Truffs umfaßt 176 000 Morgen. Die jährliche Produktion des schwedischen Zündholzes des Truffs — also ohne Berechnung der ausländischen Filialen — beträgt 4750 Millionen Schacheln. Der Truff kontrolliert eine Arbeiterzahl von über 9000 Mann.

Christlich-nationaler Arbeiterkongress.

Am Dienstag beschäftigte sich der Kongress mit dem Stand der Lohn- und Gehaltsfragen im Kriege.

Der Referent, Verbandsvorsitzender Bieber-Duisburg, führte hierzu aus: Die fortwährenden Preissteigerungen der Lebensmittel haben den Geldwert stark herabgedrückt, daß man heute für 10 M. nicht mehr kaufen kann als vor dem Kriege für 4 M. Aber mit der Preissteigerung der Lebensmittel hat die Erhöhung der Löhne nicht im mindesten Schritt gehalten. Wichtig ist, daß in der Rüstungsindustrie besonders hohe Löhne verdient werden, doch nur von einer kleinen Oberschicht der Arbeiter. Der weitaus größte Teil der Arbeiter hat auch heute noch Löhne, die nicht entfernt ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Dagegen erzielen die Unternehmer der Rüstungsindustrie, vor allem die Betriebe der Groß- und Schwerindustrie, ungeheure Gewinne. Der Glaube an ungewöhnlich hohe Löhne ist auch bei manchen Kommandostellen verbreitet, und es ist sehr schwer, dagegen anzukämpfen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind von verschiedenen Kommandostellen Verfügungen erlassen, daß Lohnfragen in Versammlungen nicht diskutiert werden dürfen. Solche Verfügungen der Kommandobehörden bedeuten eine Anhebung der Arbeiter und kommen den Unternehmern zugute. Die Ämter der Dillinger Hütte befinden sich zum großen Teil in den Händen von Kapitalisten des feindlichen Auslandes. Zudem man die Arbeiter dieses Unternehmens hindert, Lohnfragen auch nur zu diskutieren, werden also deutsche Arbeiter zugunsten englischer, französischer und belgischer Kapitalisten entsetzt. (Sehr gute Zustimmung.) Wir sind entschieden dagegen, daß Arbeitseinstellungen durch politische Wünsche ins Werk gesetzt werden. Aber nur setzen können Arbeitseinstellungen auf solche Ursachen zurückgeführt werden. Der Bergarbeiterstreik in Schlesien hat mit politischen Umtrieben nichts zu tun. Seine Ursache ist allein die Wagenfrage. Will man Arbeitseinstellungen verhindern, dann muß man die Unzufriedenheit der Arbeiter, die auf unzureichende Löhne zurückzuführen ist, beseitigen. Wichtiger wie die Frage der politischen Reorientierung ist die Frage: Wie schaffen wir unserm Volke Lohn und Brot?

Der zweite Referent, Verbandsvorsitzender Beck-Hamburg, besprach die Gehaltsverhältnisse der Angestellten, er führte aus, daß die Angestellten in den meisten Fällen schlechter gestellt seien als die Arbeiter und von den Arbeitgebern weniger als diese berücksichtigt würden.

Eine Resolution, die der Kongress zur Lohn- und Gehaltsfrage annahm, protestiert gegen die Machenschaften der Unternehmerpresse, durch welche versucht wird, die staatliche Gewalt zur Niederhaltung der Arbeitslöhne in Bewegung zu setzen. Der Kongress erwartet von der Regierung und den militärischen Kommandostellen, daß sie diesen Bestrebungen in keiner Weise Folge geben, und daß die behördlichen sowie die öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen den privaten Arbeitgebern in der Gewährung von ausreichenden Löhnen und Gehältern mit gutem Beispiel vorangehen. An die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften wird ferner das Ersuchen gerichtet, Maßnahmen zu treffen, die der immer mehr zur Gefahr anwachsenden Preistreiberi und demucher mit aller Macht Einhalt gebieten. — Schließlich wird eine Verbesserung der Bezüge der Unfallrentenempfänger gewünscht.

Die Mitteilung, daß Stegerwald in das Herrenhaus berufen ist, nahm der Kongress mit großem Jubel entgegen.

Als letzten Gegenstand seiner Tagesordnung behandelte der Kongress die Frage der:

Erstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege.

Der erste Referent, Graf v. Posadowsky, ging davon aus, daß nach dem Kriege eine erhebliche Wohnungsnot zu erwarten sei. Er hält für notwendig, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege der Zugang in die Städte von gewissen Voraussetzungen abhängig gemacht werde, damit die Wohnungsnot nicht noch drückender gemacht werde. Eine verlässliche Siedelungspolitik sei eine Lebensfrage für Deutschland, das darauf bedacht sein müsse, seine Bevölkerung selbst ausreichend zu ernähren.

Der zweite Referent, Redakteur Gasteiger-München, besprach das städtische Kleinwohnungsproblem. Er vertrat in der Hauptsache folgende Forderungen: Die Herstellung von Kleinwohnungen ist in jeder Weise zu fördern. Die Geldinstitute sollen die Beleihung von Kleinwohnungen mehr berücksichtigen. Das Hypothekengesetz ist dahin zu ändern, daß mindestens 10 Proz. der auszugebenden Pfandbriefe in Kleinwohnungsbaueingelegt sind. Die Landesversicherungsanstalten sowie die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sollen den gemeinnützigen Wohnungsbau auch fernerhin mit Beihilfen bedenken. Leistungsfähige Kranenoffen, Berufsgenossenschaften und Ansparskassen sollen verpflichtet werden, einen Teil ihres Vermögens dem Kleinwohnungsbaueingelegt zu machen. Die reichsrechtliche Invalidenversicherung soll zu einer Wohn- und Alterskassenversicherung erweitert werden, um das Wohnungsproblem der kinderreichen Familien wenigstens einer teilweisen Lösung entgegenzuführen. Die Beschaffung von Baustoffen ist zu erleichtern. Ländliche und halbländliche Siedelungen sind ein erstrebenswertes Ziel. Mit allen Mitteln ist auf eine Besserung der städtischen Wohnungsverhältnisse hinzuwirken. Einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege würde das vom Reichstag am 24. Mai 1916 geforderte Kriegereheimstättenengesetz bedeuten. Der preussische Wohnungsgesetz ist eine bescheidene Grundlage für ein späteres Reichswohnungsgesetz. Die gemeinnützigen Bauvereine sind zu fördern.

Eine Resolution, die sich mit diesen Forderungen befaßt, nahm der Kongress an mit dem Zusatz, daß die in Frage kommenden Behörden schon während des Krieges auf Beschaffung von Wohnungen für Staatsarbeiter Sorge tragen sollen.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt.

Stegerwald hielt eine Schlußrede, in der er unter anderem sagte: Wir wünschen, daß auch im neuen Deutschland eine starke Monarchie aufrechterhalten werde. Jeder mit einer Schattenmonarchie noch mit einer demokratischen Republik können wir uns befreunden. Wir wünschen aber, daß zwischen der Regierung und den Parteien ein angemessenes Verhältnis hergestellt werde.

Verantwortlich für Politik: Eric Gutner, Berlin; für den literarischen Teil des Blattes: Alfred Schell, Rostock; für Inserate: H. Giese, Berlin; Druck u. Verlag: Societäts-Verlag, Berlin, Unter den Eichen 15.

Organ 1. Klasse und Universal-Zustellung.